

# Positionspapier für eine zukunftsorientierte Forschungspolitik der künftigen Bundesregierung

## Ecological Research Network (Ecornet)

Die Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD zur Bildung einer neuen Bundesregierung finden im Lichte gewaltiger Herausforderungen in Deutschland, Europa und weltweit statt. Krieg, das Aufbrechen bisher sicherer internationaler Allianzen, zunehmender Rechtsextremismus und illiberale Politiken bedrohen offene und demokratische Gesellschaften von außen und von innen. Globale Herausforderungen wie der Klimawandel und der Verlust biologischer Vielfalt sind längst eng mit anderen krisenhaften Entwicklungen verwoben. Die künftige Bundesregierung steht in der Verantwortung, Antworten auf diese Entwicklungen zu finden. Dass der Deutsche Bundestag mit verfassungsändernder Mehrheit beschlossen hat, die Finanzierungsgrundlagen dafür deutlich zu verbessern, ist ein Zeichen dafür, dass sich die demokratischen Parteien in Deutschland der Größe der Herausforderungen bewusst sind.

Viel Geld alleine löst aber noch kein Problem, denn für die erfolgreiche Umsetzung der herausfordernden Transformationsprozesse stellen sich eine Vielzahl offener und zumeist komplexer Fragen, zu denen die Wissenschaft einen wichtigen Beitrag leisten kann. Aus Sicht des Ecological Research Networks (Ecornet) ist es daher erforderlich, dass die neue Bundesregierung Wissenschaft und Forschung eine besondere Priorität zukommen lässt. Konkret sollte die Fähigkeit des Wissenschaftssystems gestärkt werden, Wissen über die großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu generieren und gesellschaftliche Lösungsoptionen zu erarbeiten und zu erproben. Das bedeutet, transdisziplinäre und partizipative Forschungsansätze zu stärken und sozial-ökologische Fragestellungen in einer Vielzahl von Forschungsprogrammen zu adressieren. Aspekte wie Demokratie, sozialer Zusammenhalt und Gerechtigkeit sollten stärker als bisher mit Fragen einer zukunftsfähigen Wirtschaft und der Achtung der planetaren Grenzen verknüpft werden.

Angesichts der Vielschichtigkeit von Problemen werden auch die Lösungen immer komplexer. Diese offenen Fragen zu erforschen, die Komplexität aufzubrechen und erprobte, umsetzbare Lösungsvorschläge für Akteure in Wirtschaft, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Politik nutzbar zu machen, ist die besondere Leistung transdisziplinärer und partizipativer Forschung. Sie ermöglicht im Weiteren wissenschaftliche Gesellschafts- und Politikberatung, die konkrete politische Entscheidungen begleitet, schnell und effektiv bestehende Wissensbestände zusammenzuführt, verschiedene Sichtweisen integriert und konkrete Lösungsstrategien vorschlägt.

Die künftige Bundesregierung sollte daher ihre Forschungspolitik auf einer zukunftsorientierten, konsistenten und verlässlichen Forschungsstrategie aufbauen, die die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen adressiert und zukünftige Entwicklungen im Blick hat.

## Unsere Empfehlungen für die künftige Bundesregierung:

- 1. Forschungsförderung kontinuierlich an gesellschaftlichen Problemen orientieren:** Damit Forschung zur Lösung der Transformationsherausforderungen beitragen kann, müssen die entsprechenden gesellschaftlichen Probleme in Förderprogrammen adäquat adressiert werden. Eine Missionsorientierung, wie in der *Hightech-Strategie* und der durchaus verbesserungswürdigen *Zukunftsstrategie Forschung und Innovation*, bildet dafür die zentrale Grundlage. An gesellschaftlichen Problemen und Transformationsherausforderungen orientierte Förderprogramme, wie beispielsweise Forschung für Nachhaltige Entwicklung (FONA) oder das Programm Sozial-ökologische Forschung, sollten finanziell deutlich gestärkt werden. Darüber hinaus sollten transformative Potenziale stärker in Förderprogrammen und Bekanntmachungen auch außerhalb dieser Programme verankert werden.
- 2. Förderprogramme stärker auf sozialen Zusammenhalt, Gerechtigkeitsaspekte und gesellschaftliche Teilhabe ausrichten:** Sozialer Zusammenhalt, Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe sind die Grundlage für eine starke und resiliente Gesellschaft. Auch können sozial-ökologische Transformationen nur gelingen, wenn sie demokratisch breit getragen werden. Daher sollten Aspekte wie Arbeit, Gesundheit, alternde Bevölkerung, demokratische Innovationen und Verteilungsfragen in Forschungsprogrammen stärker mit Klima- und Nachhaltigkeitsthemen verknüpft werden.
- 3. Innovationspotenziale ausschöpfen:** Innovationen sind der Motor gesellschaftlicher Entwicklung. Umso wichtiger ist es, auf jene Innovationen zu fokussieren, die zur Lösung aktueller und zukünftiger gesellschaftlicher Herausforderungen beitragen. Dies betrifft nicht nur technische Innovationen, sondern wegen ihrer wichtigen Hebelwirkung auch soziale Innovationen. Entsprechende Ansätze entstehen nicht nur in Wissenschaft und Wirtschaft, sondern auch in der Zivilgesellschaft. Die Idee, regionale Innovationsökosysteme mit einem breiten Innovationsverständnis und einem um Zivilgesellschaft erweiterten Akteursbegriff zu fördern, war in der *Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI)* in Ansätzen angelegt, aber noch nicht konsequent genug ausgebaut. Die neue Bundesregierung sollte vielversprechende Elemente daraus aufgreifen und weiterentwickeln. Das gilt auch für die *Nationale Strategie für Soziale Innovationen und Gemeinwohl-orientierte Unternehmen*.
- 4. Ganzheitliche und vernetzte Forschungsansätze fördern:** Komplexe Herausforderungen erfordern inter- und transdisziplinäre Forschungsansätze, die Sichtweisen aus verschiedenen Handlungsfeldern integrieren sowie die Komplexität von Problemen und die Pluralität der Gesellschaft angemessen abbilden. Die Forschungspolitik sollte für eine exzellente Qualität dieser Forschung eintreten, bestehende Qualitätsstandards aufgreifen und ihre Weiterentwicklung und Verbreitung, etwa in der *Gesellschaft für transdisziplinäre und partizipative Forschung (GTPF)* fördern. Dabei sollte ein besonderes Augenmerk auf den gesellschaftlichen Wirkungen von Forschung liegen.
- 5. Vielfalt des Wissenschaftssystem und der Wissensproduktion berücksichtigen:** Das deutsche Wissenschaftssystem profitiert von der Vielfalt an hochschulischen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen und damit verbundener Forschungsansätze und Wissensproduktion. Vor allem die Vielfalt in der außerhochschulischen Forschung sollte auch jenseits des *Pakts für Forschung und Innovation* in der Förderlandschaft angemessen berücksichtigt werden. Insbesondere benötigen die drittmittelfinanzierten, unabhängigen und gemeinnützigen Forschungsorganisationen wie die Ecornet-Institute verlässlichere Fördermodelle, da sie mit ihrer agilen Art der Forschung

wesentlich zur Innovationsdynamik beitragen und mit ihrer langjährigen Erfahrung wichtige Impulse für die Verbreitung inter- und transdisziplinärer Forschungsansätze auch in der Hochschullandschaft setzen können.

**6. Transfer und Wissenschaftskommunikation breiter denken:** Wissenstransfer kann mehr, als Projektergebnisse zu vermitteln. Dies benötigt jedoch ein erweitertes Transferverständnis, welches auf die gemeinsame Entwicklung von Lösungswissen fokussiert. Dazu gehört ganz zentral, Transfer als wechselseitigen Lernprozess zwischen wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Akteuren aufzufassen und in allen Phasen des Forschungsprozesses zu fördern. In diesem Sinne sollte die Bundesregierung, Wissenschaftskommunikation als integrativen Bestandteil von Forschungsprojekten deutlich konsequenter fordern und fördern.

**7. Einen stabilen Forschungsrahmen schaffen:** Damit Forschungsakteure verlässlich forschen können, brauchen sie gesicherte und stabile Rahmenbedingungen. Das bedeutet zunächst, den Haushalt für 2025 zügig zu verabschieden und die Ressorts schnell handlungsfähig zu machen. Für eine nachhaltige Wirkung kommt es auf finanziell gut ausgestattete, langfristige Förderprogramme und Begleitmaßnahmen an, die beispielsweise Umsetzungsphasen im Anschluss an die Ursprungslaufzeit fördern. Dies gilt etwa für Reallabore, die in der Regel eine lange Aufbau- und Anlaufphase erfordern und bisher häufig damit konfrontiert sind, dass ein erheblicher Teil des Erkenntnispotenzials aufgrund der kurzen Projektlaufzeit nicht ausgeschöpft werden kann. Des Weiteren sollte die Forschungsförderung durch schlankere Antragsprozesse, den Abbau von Bürokratie bei der Drittmittelverwaltung und schnellere Bewilligungen noch besser, schneller und zielorientierter zur Lösung akuter gesellschaftlicher Probleme beitragen.

**8. Forschungsprogramme partizipativ entwickeln:** Ausgewählte Forschungsstrategien und -programme sollten verstärkt unter Einbeziehung von Forschenden und relevanten gesellschaftlichen Stakeholdern weiterentwickelt werden. Hier ist das BMBF in den letzten Jahren hinter eine in vielen Fällen etablierte und bewährte Praxis von Agendaprozessen und -konferenzen zurückgefallen. Agendaprozesse ermöglichen es, die gesellschaftlichen Wissensbedarfe mit den wissenschaftlichen Möglichkeiten und Techniken optimal zu kombinieren. Der zeitliche und personelle Aufwand für solche Prozesse ist durch die oft substanzielleren und weitsichtigen Ergebnisse gerechtfertigt.

**9. Förderprogramme der Ressorts stärken:** Ressort-Forschungsprogramme sollte die zukünftige Bundesregierung stärker ausstatten, als es unter den restriktiven Budgetvorgaben bisher möglich war. Die hier geförderte Forschung ist näher am konkreten politischen Entscheidungsbedarf angesiedelt als die Vorlaufforschung des BMBF. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag zur evidenzbasierten Politikentwicklung und -gestaltung und ist gerade in der aktuellen Phase der Gestaltung komplexer Transformationsprozesse unerlässlich. Bei der Abstimmung der Forschungsprogramme zwischen den Ressorts sehen wir Verbesserungsmöglichkeiten.

**10. Neue Finanzierungsmechanismen und Infrastrukturfonds wissenschaftlich begleiten:** Die geplanten Finanzierungsinstrumente für den Neu- und Ausbau von Infrastrukturen bieten die große Chance, zentrale Weichen für die Umsetzung einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft zu stellen und die Gesellschaft mit zukunftsfähigen, resilienten, ressourcen- und klimaschonenden Infrastrukturen zu modernisieren. Dieser Prozess sollte von wissenschaftlicher Seite begleitet werden, um die verfügbaren Finanzmittel effektiv dort anzubringen, wo sie die größtmöglichen gesellschaftlichen Wirkungen erzielen können.

### Über das Ecological Research Network (Ecornet):

Ecornet ist ein Netzwerk aus acht Forschungseinrichtungen mit zusammen über 1.000 Mitarbeiter\*innen. Die Institute forschen praxisnah an der Lösung gesellschaftlicher Probleme, mit dem Ziel eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Sie teilen einen konsequent transdisziplinären Forschungsansatz: Sie verbinden das Wissen und die Werkzeuge verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen zu neuen Erkenntnissen und Forschungsmethoden und beziehen von Beginn an Akteur\*innen aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft in den Forschungsprozess ein.

Mitglieder im Ecornet sind: Ecologic Institut, ifeu – Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung, IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Öko-Institut e.V., Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU), Wuppertal Institut

### Sprecher\*innen

Prof. Dr. Flurina Schneider  
Wissenschaftliche Geschäftsführerin  
Institut für sozial-ökologische Forschung  
[flurina.schneider@isoe.de](mailto:flurina.schneider@isoe.de)

Thomas Korbun  
Wissenschaftlicher Geschäftsführer  
Institut für ökologische Wirtschaftsforschung  
[thomas.korbun@ioew.de](mailto:thomas.korbun@ioew.de)

### Leiter der Geschäftsstelle

Roy Schwichtenberg  
[roy.schwichtenberg@ecornet.eu](mailto:roy.schwichtenberg@ecornet.eu)

**Berlin, 18. März 2025**



### Ecological Research Network (Ecornet)

Potsdamer Straße 105  
10785 Berlin

Telefon: +49-(0)39-884 59 4-0  
office@ecornet.eu  
www.ecornet.eu

### Ecornet auf:

[LinkedIn](#) | [Bluesky](#) | [Mastodon](#)